Das Sicherheitsinteresse und die CSU/CSU:
Ein klärendes und notwendiges Wort zum § 133c StGB
Von Gerhard Jahn MdB
Bundesminister der Justiz
Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Oppositions-Vorstellungen überzeugen nicht
Die Bundespost braucht optimale Reformlösungen
Von Kurt Stachoudie
Wirtschaftsminister des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen
Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Die Todesstrafe ist kein Hilfsmittel
Kriminalität muß an der Wurzel bekämpft werden
Von Konrad Schmitt (München, MdB
Staatsanwalt a.D.,
Seite 5 und 6 / 103 Zeilen

Barzel produziert Minderreichen
Seite 7 / 30 Zeilen

Überflüssig wie ein Kropf
Seite 7 / 21 Zeilen

Herausgeber und Verleger:
SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112. Telefon: 7 66 11
Das Sicherheitsinteresse und die CDU/CSU

Ein klärendes und notwendiges Wort zum § 353c StGB

Von Gerhard Jahn MöB
Bundesminister der Justiz


Dazu ein klärendes Wort.

Der § 353c StGB ist zurzeit der Großen Koalition durch das 8. Strafrechtsänderungsgesetz vom 25. Juni 1968 neu gefaßt worden. Der Gehalt dieser Vorschrift hat sich durch die damals erfolgte völlige Neuordnung des Staatsschutzrechtes gegenüber dem seit 1938 und bis 1968 bestehenden Rechtszustand verändert, weil ein großer Teil der bis 1968 als Staatsgeheimnis durch die §§ 93 ff StGB (Verrat und Gefährdung der Außenwirtschaft) geschützten Geheimnisse seitdem nur noch durch den § 353c StGB abgedeckt werden. Darunter fallen alle Geheimnisse, die vor der Kenntnisnahme fremder Mächte geschützt werden müssen, um die Gefahr eines Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden, der kein "schwerer" Nachteil im Sinne des § 92 Abs 1 StGB ist. Ebenfalls sind dazu zu zählen alle sog. "diplomatischen Staatsgeheimnisse", die vor der Kenntnisnahme fremder Mächte geschützt werden müssen, um die Gefahr eines Nachteils für die sonstige internationale Stellung der Bundesrepublik abzuwenden.

Die Notwendigkeit eines strafrechtlichen Schutzes dieser beiden Bereiche liegt auf der Hand. Durch die mit der jetzigen Fassung des § 353c StGB fälschlicherweise in Zusammenhang gebrachte Jahreszahl 1938 sollte sich niemand mehr irritieren lassen.

Auch die Auffassung, der § 353c StGB stelle nicht mit der Verfassung im Einklang, denn der Bürger habe schließlich ein verbrieft
tes Recht auf Information, lässt sich bei einer am Grundgesetz ausgerichteten Auslegung des Begriffes "Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen", wie er im § 353c verwendet wird, nicht vertreten. Die Geheimhaltung von als geheimhaltungsbedürftig gekennzeichneten Tatsachen kann zwar andere Rechtsgüter von Vorrang beeinträchtigen, insbesondere den Informationsanspruch des Bürgers sowie die Pressefreiheit. Hier ist jedoch eine Abwägung notwendig und zulässig, die die Sicherheitsbelange der Bundesrepublik Deutschland einerseits und die Grundrechte der Informations- und Pressefreiheit andererseits berücksichtigt.

Der Sonderausschuss des Bundestages für die Strafrechtsreform hat seinerseits ausdrücklich festgestellt, dass in Rahmen der richterlichen Abwägung zwischen den Interessen des Staates an der Geheimhaltung und den Interessen der Öffentlichkeit an der offenen Diskussion auch das Interesse der Öffentlichkeit an der offenen Diskussion überwogen und damit die Strafbarkeit verneint werden kann.

Im Übrigen wird eine Straftat nach § 353c StGB nur mit Ermächtigung der Bundesregierung verfolgt. Nach geltendem Recht kann diese Ermächtigung nicht zurückgenommen werden. Das erst kürzlich von der Bundesregierung beschlossene Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch sieht in den §§ 77 d und 77 e allerdings vor, dass die Ermächtigung auch wieder zurückgenommen werden kann, wenn sich im Laufe der Ermittlungen herausstellen sollte, dass kein öffentliches Interesse mehr an der Verfolgung besteht.


{-/ex:27.1.1972/jgy}
Oppositions-Vorstellungen überzeugen nicht
-----------------------------------------------------------------
Die Bundespost braucht optimale Reformlösungen

Von Kurt Gehrde
Staatssekretär des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen


Der ehem. CSU-Bundespostminister Richard Stücken, der die Probleme des größten deutschen Unternehmens aus eigener Anschauung kennt, hat in einer Pressekonferenz zur Einbringung des Gesetzentwurfs der Opposition beichtet, daß die Post von sich- und betriebsfremden Einflüssen weitgehend abgeschirmt werden müsse, daß ihr mehr unabhängige Freiheit zu gewähren sei und daß unverzüglich eine Stabilisierung und Verbesserung der Finanzsituation eingeleitet werden müsse. All dies werde durch den vonliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht erreicht.

Wer nach diesen Worten des ehemaligen Postchefs zum Entwurf der CDU/CSU griff, erwarte eine echte Alternative zum Regierungsentwurf. Aber weit gefehlt! Wer sich z.B. die Bestimmungen über die Wirtschaftsführung näher betrachtet, wird eine fappierende Konjunktur mit dem Regierungsentwurf feststellen. Diese Bestimmungen der Regierungsvorlage, die allgemein - die Hinsicht über das Postverfassungsgesetz habe das klar ergeben - als optimal anzusehen sind, wurden schlicht und einfach abgeschrieben. Niemand kann das der Opposition verwehren. Aber macht man es sich bei ihr nicht doch etwas leicht, wenn man einerseits eine unverzügliche Stabilisierung und Verbesserung der Finanzsituation fordert und andererseits sich hierfür die Regelungen der Regierungsvorlage zu eigen macht? Oder sollten vielleicht die Maßnahmen, die die Bundesregierung vorschlägt, doch nicht so schlecht sein?

Denn genau den Punkt, den Stücken besonders ansprach, nämlich den vorzügliches Bundes auf die Ablieferung der Post, das Eigengeld ein Drittel des Gesamtkapitals ausmacht, enthält auch die Regierungsvorlage. Und genau das gilt für Finanzreserven und Selbstfinanzierungsbeitrag.

Und ein weiteres: Die Opposition fordert mehr unternehmerische Freiheit für die Post. Glaubt sie denn im Ernst, daß sie das mit der von ihr vorgeschlagenen Novellierung des Postverwaltungs gegesetzes erreichen wird? Gerade Stücken mußte doch wissen - und er hat das ja selbst auch häufig eingeräumt -, wie stark die politische Einflußnahme auf den Postminister ist, wie er sich Tag für Tag im Spannungsfeld von Politik und Unternehmensleitung be-
SPL-Pressedienst

27. Januar 1972

Eindringt und oft vor der Politik kapitulieren muß. Und deshalb ist es einfach nicht verständlich, daß der Entwurf der CDU/CSU diese für die Bundespost negative Konzession, die die unternehmerischen Freiheiten so entscheidend einengt, weiter zementieren will.

Sicht man denn bei der Opposition nicht, daß z.B. die Ausgleichspflicht des Bundes bei politischen Zielsetzungen oder im Falle der Ablehnung von Gehbezugsänderungen - ein Schwerpunkt der Regierungsvorlage - praktisch gegenstandslos wird, wenn in diesem Unternehmen Aufsicht und Leitung in der Person des Bundespostministers vereinigt sind?

 Anders die Regierungsvorlage: Sie will durch die Vorstandslosung der DBP soweit wie möglich aus der Politik herauslösen, will dem Unternehmen die Möglichkeit schaffen, künftig unabhängig von politischer Einflußnahme seine Willen zu bilden, die unternehmerischen Notwendigkeiten offen zulegen. Sie will endlich durch die Trennung der unternehmerischen und politischen Komponente die Kontingentierung in der Leitung des Unternehmens sicherstellen, endlich eine Unabhängigkeit von den Wiegeuwspielen der Politik herstellen. Und sie will schließlich für die Bundespost eine Leitung erreichen, die sie heute jedes große Wirtschaftsunternehmen hat, weil ein Unternehmen von der Größe und der Aufgabenstellung der DBP nicht optimal von einer einzigen Person gelenkt werden kann. Das gibt es nirgends in der Wirtschaft!

Wenn die Opposition entscheidend den Regierungsentwurf von Aufsichtsrat, Wirtschaftsplan und Wirtschaftsführung spricht, sollte sie nicht zu einer Mischung greifen, sondern im sogenannten Wirtschaftsmaturierung der Post, wie sie die Bundesregierung vorschlägt.

Was die Beteiligungsrechte anderer Ressorts, z.B. des Innenministers und des Wirtschafts- und Finanzministers bei personalen Sonderregelungen und in Einzelfällen angeht, so sieht der Regierungsentwurf vor, daß der für das Post- und Fernmeldewesen zuständige Bundesminister, dem bestimmte Aufsichtsrechte über die Post zustehen, in diesen Fällen das Einvernehmen mit seinen Ressortkollegen herstellt. Wenn dies nicht möglich ist, muß das Kabinett entscheiden. Schon bei den Beratungen der Fraktionen der Regierungskoalition über den Gesetzentwurf wurde das Bestehen erkennbar, das Einvernehmen in Gemeinschaften und dies, bevor die CDU den Gegenentwurf einbrachte.


Dennoch - trotz aller Kritik an den Vorstellungen der Opposition, die ihrem besten Willen nicht überzeugen können und die ihn weisentlich widersprüchlich sind - bleibt die erfrischende Feststellung, daß in wesentlichen Bereichen, so vor allem bei der Wirtschafts- und Finanzverfassung, bei der Personalverfassung, Übernennung zwischen Regierung und Opposition herrscht. Eine Übereinstimmung, die ich sah, es bereits eingangs - Hoffnung aufkommen läßt, daß man in den kommenden Beratungen über die Unternehmensverfassung der Bundespost nicht gegeneinander, sondern zum Nutzen aller miteinander diskutiert, um möglichst zu optimalen Lösungen zu kommen: Lösungen, die den weiteren Weg dieses Unternehmens entscheidend beeinflussen werden. + + +

(-/ex/27.1.1972/Bfg)
Die Todesstrafe ist kein Hilfsmittel

Kriminalität muß an der Wurzel bekämpft werden

Von Manfred Schmidt (München) MdB
Staatsanwalt a.D.

Die ausführliche Berichterstattung der letzten Zeit über Gewaltverbrechen in der Bundesrepublik, insbesondere die Banküberfalle in München und Köln, die der Fernsehansacher in Rente still quasi "live" mitreifen konnte, suggerieren dem mit der Kriminalstatistik nicht vertrauten Bürger den Eindruck, wir hätten es mit einer stetig wachsenden Lamiere von Gewaltdelikten zu tun.

Politiker der CDU und der CSU sowie einschlägig bekannte Presseorganis und Kommentatoren versuchen dies auf die Liberalisierung im Strafrecht zurückzuführen. Es werden Forderungen nach einer allgemeinen Vorschärfung des Haft- und Strafrechts, ja sogar nach Wiedereinführung der Todesstrafe und nach einem rescharen Einsatz von Schußwaffen durch die Polizei laut.

Die neu entfachte Diskussion über die Kriminalpolitik erfordert eine Antwort vor allem auf vier Fragen.


2/ Wie steht es mit der Aufklärungsquote bei Gewaltdelikten? Sie wird zunehmend besser. Wenn die Gesamtaufklärungsquote bei allen Delikten zurückgeht, ist dies lediglich auf das Anwachsen der Eigentumsdelikte zurückzuführen, die nur äußerst schwer aufzuklären sind.

daß manche Leute, die nach Schußwaffen rufen, der Polizei bewußt oder unbewußt eine Art Ersatzfunktion für den abgeschnittenen Reiber zuweisen wollen.

4 Und was ist mit der Polizei? Die personelle und sachliche Ausstattung der Polizei und deren Ausbildung, die in einzelnen Ländern stark verbessert wurde, muß verbessert werden. Im Bundesregierung ist hier mit ihrem Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung mit gutem Beispiel vorangegangen.

Die Liberalisierung unseres Strafrechts muß fortgesetzt werden. Sie dient keinesfalls dazu, ein gesellschaftsfeindliches Verhalten zu tolerieren oder zu erleichtern, sondern lediglich dazu, unser Strafrecht von Bestimmungen zu befreien, bei denen nach heutiger Auffassung ein staatlicher Strafanspruch nicht mehr gerechtfertigt ist, weil nicht allein, was unter moralischen Kriterien unstritten ist, auch als gesellschaftsfeindlich angesehen werden kann. Die Bundesregierung hat durch den Entwurf zum Strafstandsbestand der Gesellschaft und der Bestrafung von Rauschgiftthärenden bewiesen, daß sie dort, wo es notwendig ist, nicht zögert, neue Strafverfahren zu schaffen oder vorhandene zu verschärfen. Im übrigen dient die Liberalisierung des Strafrechts auch dazu, Polizei und Justiz zu entlasten und der Verfolgung der wirksamen Kriminalität mehr Zeit zu widmen.


Das Strafverfahren muß beschleunigt werden. Es ist anzunehmen, daß die Bundesregierung dazu einen Entwurf vorlegen will.

Im Zuge der Reform unseres Strafvollzuges muß von reinen Vergeltungsgedanken abgesehen und der Wiedereingliederung des Verurteilten in die Gesellschaft größter Wert beigemessen werden. Unsere Strafvollzugsanstalten dürfen nicht länger die „Beste Schule des Verbrechens“ bleiben, wie sie manchmal nicht ganz zu recht bezeichnet werden.

Die Kriminalität muß aber vor allem an der Wurzel bekämpft werden, die bei einem Großteil der Kriminellen immer noch in den schlechten sozialen Verhältnissen liegt, aus denen sie stammen. Der Satz, daß die beste Kriminalpolitik eine gute Gesellschaftspolitik ist, bleibt nach wie vor richtig.

Die Verbrechensbekämpfung in der Bundesrepublik ist trotz ihrer Verbesserungsbedürftigkeit, so gut, daß zu panikartigen Maßnahmen keinerlei Veranlassung besteht. Bundestag und Bundesregierung haben daran, was die Gesetze der der, die mit der Monotone einer tibetanischen Gehaltsmühle immer nur nach Straf- und Rechtsverzögerung und nach Schußwaffen rufen, gelassen begegnen würden. Aus der Emotions heraus geborene falsche und Scheinlösungen helfen nicht. Sie stehen einer auf lange Sicht anlegenden vernünftigen Kriminalpolitik nur im Wege.

(*ex/27.2.1972/kp)
Barzel produziert Mißtrauen

Ein gesundes Deutschland müßte "die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in sich tragen", andernfalls sei es "ein krankes Land und kein guter Vorbildung..." Den ersten Teil des Satzes, ge


Aber dieses Ziel ist in weite Ferne gerückt. Heute und morgen haben wir es mit der Realität zweier deutscher Staaten zu tun, eingebettet in einander entgegengesetzte Bündnissysteme, die mühelos

nach einem modus vivendi suchen. Muß deshalb die Bundesrepublik, weil sie nicht für ganz Deutschland handeln und sprechen kann und

wohl kein Vertretungsrecht hat, ein kranker und nicht guter Vorbil

dungsteil sein?

Dieser Nebeneinsatz des CDU-Vorsitzenden enthält brennenden Zündstoff. Bös willige können daraus die Bündnisträger der Bundesrepublik, für uns alle eine Existenzfrage erster Größenordnung, in Zweifel ziehen und Mißtrauen ableiten. Die Sicherheit der Bundesrepublik ist

begründet in ihrer Zugehörigkeit zum Atlantikpakt, und das Vertrauen, das sie genießt, beruht in ihrer Fähigkeit zur loyalen Mitarbeit. Die Bundesrepublik als kein guter Vorbildungsteil lebt allein in einer gefährlichen Isolierung. Das müßte auch Dr. Harzel wissen. Hoffentlich ist er sich in klaren davongerückt, welch unguten Satz er von sich gegeben hat.

überflüssig wie ein Kropf

Die Reaktion der deutschen Presse auf die von Franz-Josef Strauß ausgeruhte Gravitations-Debatte im bayerischen Landtag ist nahezu einstimmig abgelehnt. Die Justiz-Show, die hier unter

spektakulären Lärmstücken und reihenweisen Tiefschlägen abgezogen und, diente ausschließlich der politisch-psychologischen Selbst-

befriedigung von Leuten der CSU-Prominenz, die aufgestauten Frustrationen abzubauen habten. Eine Münchner Zeitung aus dem her-

rechten Lager erklärte die ganze Debatte im Maximilianeum wie ab-

so überflüssig wie einen Kropf.

Ungesehen dieser notwendigen, aber doch mitleidigen

Faulschuldbeurteilung wird es notwendig sein, einige der Agitations-

äußerungen führender CSU-Politiker auch für das weitere politische

Geschehen in der Bundesrepublik festzuhalten. Manche ihrer Sätze

hatten mit einem wann auch noch so scharfen Sachkritik überhaupt

nichts mehr zu tun, sondern blieben in einem jungen helfen, der

selbst am Diateticum unschädlich sein sollte. Nun wird man mit diesen Feststellungen bei den Schnebern dieser bösen Politikleistungen gleich

keinen Eindruck erreichen. Aber außerhalb dieses Bereiches wird es

auch in weitem Kreisen der CSU kaum einen verantwortlichen

Politiker geben, der nicht von tieferer Besorgnis erfüllt ist und

hierauf hofft, das München ein einmaliger Vorgang bleiben wird.